

Nach dem Bombenattentat auf eine Polizeischule in Bogotá hat sich die Guerrillabewegung ELN zu der Tat bekannt. Die Regierung hat die Verhandlungen mit der Gruppe abgebrochen und die Haftbefehle gegen ihre Führung wieder in Kraft gesetzt.

Am Wochenende fanden in vielen Großstädten Kolumbiens Massendemonstrationen für den Frieden statt.

Das Magazin EL ESPECTADOR analysiert am 20 Januar 2019, inwieweit der Frieden in Kolumbien in Gefahr ist:

Kolumbien und der Traum vom totalen Frieden, der in die Ferne rückt

Die Demobilisierten der FARC, ein Frieden mit dem ELN und die Entmachtung des Golf-Clans stellten sich als die großen Herausforderungen zur Erreichung einer vollständigen Versöhnung. Das Attentat auf die Polizeischule und Morde an Führern von Bürgerbewegungen zeigen jedoch ein Land, das noch immer im Konflikt steckt.

Im September 2017, vor dem Besuch von Papst Franziskus, träumten die Kolumbianer vom „totalen Frieden“, der das Friedensabkommen mit der FARC, Verhandlungen mit dem ELN sowie die Überantwortung der wichtigsten kriminellen Bande, des sog. „Clan del Golfo“, an die Justiz einschloss. Aber 16 Monate später hat das Land den bewaffneten Konflikt noch immer nicht überwunden.

Das terroristische Attentat auf die Polizeischule kostete 21 Menschen das Leben, wozu auch der Täter gehört, und forderte 68 Verletzte, und es versetzte den Friedensverhandlungen mit dem ELN den Todesstoß. Diese hatten niemals den Enthusiasmus der Bevölkerung so entfacht, wie das bei den Verhandlungen mit der FARC der Fall gewesen war.

Staatsanwaltschaft und Verteidigungsministerium machten sofort den ELN für das Attentat verantwortlich, Präsident Iván Duque reaktivierte die Haftbefehle gegen die Chefs des ELN, die sich zu den Friedensgesprächen in Kuba aufhalten. Tatsächlich ging das Staatsoberhaupt noch einen Schritt weiter und forderte die kubanische Regierung auf, „die Terroristen festzunehmen, die sich auf Ihrem Territorium aufhalten und sie an die kolumbianischen Polizeibehörden zu übergeben“, ein Wunsch, dem man nicht nachkommen dürfte, wie das kubanische Außenministerium bereits zu verstehen gab, weil diplomatische Protokolle existieren, die unterzeichnet wurden, als die Verhandlungen im Mai 2018 von Quito nach Havanna verlegt wurden.

Mit diesem Bezug verwiesen Álvaro Leyva Durán, seinerzeit Anbahner der Verhandlungen mit der FARC, und Senator Iván Cepeda, Promoter der Friedensgespräche, die Regierung darauf, dass „die Bedingungen, unter denen die Delegation des ELN Kuba verlesen soll, detailliert niedergelegt sind in den Geheimprotokollen, die zwischen beiden Seiten zu diesem Zweck vereinbart wurden“.

Die Regierung Duque argumentiert dagegen, dass in einem Fall wie einem terroristischen Anschlag Gesichtspunkte der Justiz Vorrang hätten vor diplomatischen Protokollen, aber es ist einfach undenkbar, dass jahrzehntelang polizeilich verfolgte Guerrillaführer nun ausgerechnet von einem kommunistisch regierten Land ausgeliefert würden, die inspiriert sind von revolutionären Figuren wie Fidel Castro und Ernesto „Che“ Guevara.

In den letzten 30 Jahren haben verschiedene Präsidenten Kolumbiens versucht, zu einem Friedensschluss mit dieser Guerrilla zu gelangen, und am 10. Oktober 2016 verkündeten die Regierung von Juan Manuel Santos und ELN den Beginn von Verhandlungen nach mehr als zwei Jahren Sondierungen in Ecuador.

Es vergingen vier Monate, bevor die Verhandlungen in Quito beginnen konnten, wo man in eineinhalb Jahren zu keinerlei substanzieller Vereinbarung gelangte, außer einer beiderseitigen Feuereinstellung für 100 Tage um die Jahreswende 2017/2018.

Nachdem die Verhandlungen im letzten Jahr nach Havanna verlegt wurden, weil Ecuador nicht länger Garantiemacht sein wollte, dämmerten die Verhandlungen in der karibischen Brise dahin, und ohne großes Aufheben wurde am 3. August 2018 die letzte Verhandlungsrunde abgeschlossen in Erwartung der Amtseinführung von Präsident Duque.

In seiner Antrittsrede kündigte der neue Präsident eine Revision des Verhandlungsprozesses an, um dem ELN Druck zu machen, auf Entführungen und andere kriminelle Handlungen zu verzichten, eine Botschaft, die bei den ELN-Führern nicht auf Widerhall stieß, weil sie, anders als die FARC, sich entschieden haben, den bewaffneten Kampf fortzusetzen ohne wirkliche Zeichen ihres Friedenswillens zu zeigen.

Das Abkommen mit der FARC, in Kraft getreten im November 2016, wurde von der Hälfte der Bevölkerung nicht akzeptiert, hatte jedoch unbestreitbare konkrete Resultate, denn es entschärfte einen großen Konfliktherd, auch wenn etwa 1200 Dissidenten sich inzwischen wieder bewaffnet haben, wie aus verschiedenen Quellen hervorgeht.

Weniger erfolgreich verlief der Versuch, den Golf-Clan der Justiz zuzuführen, eine kriminelle Bande, die aus den Paramilitärs hervorgegangen ist und die sich durch Drogenhandel, Erpressung und illegalen Abbau von Bodenschätzen finanziert. Mit Optimismus angekündigt wurde diese Maßnahme durch den damaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos in Vorbereitung auf den Empfang von Papst Franziskus.

„Den totalen Frieden werden gemeinsam bauen, alle vereint“, hieß es in der Rede von Santos zu Beginn seiner zweiten Amtszeit und im September 2017, wenige Tage vor dem Papstbesuch, glaubte das Land, dem totalen Frieden nahe zu sein, aber die Realität ist eine andere, wie das Attentat vom vergangenen Donnerstag zeigt.

Aus diesem Grund versicherte heute der Papst beim Angelusgebet auf dem Petersplatz, dass er weiter „bete für den Weg zum Frieden in Kolumbien“.